



HESSISCHER LANDTAG

03. 12. 2019

Plenum

Antrag

Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Freiwilliges Engagement unterstützen – Freiwilligendienste stärken

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag würdigt die Arbeit der Freiwilligendienstleistenden als wichtigen Baustein ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements. Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) sowie der Bundesfreiwilligendienst (BFD) sind insbesondere für junge Menschen gute Möglichkeiten, sich für die Gesellschaft zu engagieren, Orientierung für ihr Leben zu finden und Erfahrungen zu sammeln.
2. Darüber hinaus befürwortet der Landtag die Möglichkeit, das Freiwillige Soziale Jahr nicht nur im sozialen Bereich, sondern auch in den Bereichen Kultur, Sport, Politik und der Denkmalpflege absolvieren zu können. So wird mit unterschiedlichsten Einsatzbereichen den verschiedenen Interessen und Neigungen junger Menschen Rechnung getragen.
3. Der Landtag sieht es positiv, dass sich die Zahl der Freiwilligendienstleistenden im Rahmen des FSJ in Hessen seit dem Jahr 2011 von 4.885 auf 6.202 im Jahr 2018 erhöht hat. Gleichzeitig erwartet der Landtag von der Landesregierung, dass diese weitere Anstrengungen unternimmt, um die Stellenzahl stetig zu erhöhen.
4. Der Landtag lobt die Ankündigung der Landesregierung, die Stellenzahl für das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) von in diesem Jahr 170 Plätzen kontinuierlich um jeweils zehn neue Plätze in den kommenden fünf Jahren aufzustocken. Damit trägt die Landesregierung der hohen Nachfrage und dem Bedürfnis vieler Jugendlicher Rechnung, sich für die Umwelt einzusetzen.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Dialog mit dem Bund, den Kommunen, den Bildungsträgern und den Selbstverwaltungsorganen der Freiwilligendienstleistenden darauf hinzuwirken, auch weiterhin ausreichend Plätze zur Verfügung zu stellen und sukzessive einen weiteren Ausbau des Stellenangebots zu erreichen.
6. Der Landtag befürwortet es außerdem, dass die FSJ-Träger durch eine Klausel in den Förderbescheiden verpflichtet werden, sicherzustellen, dass im Rahmen der Durchführung des Freiwilligen Sozialen Jahres sowohl durch sie wie auch in den durch sie betreuten Einsatzstellen die Grundsätze der Hessischen Antidiskriminierungsstrategie eingehalten werden.
7. Der Landtag regt an, dass die Landesregierung darauf hinwirkt, dass in Angeboten des Landes für Inhaberinnen und Inhaber des Freiwilligenausweises und des BFD-Ausweises die gleichen Vergünstigungen (beispielsweise reduzierte Eintrittspreise) wie für Studierende mit Studierendenausweis gelten. Er empfiehlt, dass auch kommunale und private Träger von Bildungs- und Kultureinrichtungen den Freiwilligenausweis und den BFD-Ausweis wie einen Studierendenausweis behandeln. Er geht zudem davon aus, dass den Freiwilligendienstleistenden auch weiterhin das erfolgreiche Schülerticket als preiswerter Zugang zum Öffentlichen Personennahverkehr offensteht.

Wiesbaden, 3. Dezember 2019

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Michael Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)